

STAATSVERSAGEN

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Wie Engagierte gegen Rechtsextremismus im Stich gelassen werden

TOSTEDT

Der kleine Ort ist seit Jahren ein zentraler Anlaufpunkt der rechten Szene in Norddeutschland. Über Jahre bot ein Szeneladen rechtsaffine Kleidung und Propagandamaterial an. Der Inhaber wurde für einen tätlichen Angriff angeklagt, das Urteil wurde auf eine Bewährungsstrafe abgemildert. Ein Skandal, findet das »Forum für Zivilcourage«.

WUPPERTAL

Die Stadt ist eine Hochburg der rechtsextremen Szene. Die Zahl der Aufmärsche und Übergriffe nimmt zu. Neonazis greifen mitten in der Stadt ein Kino gezielt und brutal an. Mehrere Verletzte, schleppende polizeiliche Ermittlungen, seit über zwei Jahren keine Verurteilten. Stattdessen fragwürdige Aussagen der Polizeipräsidentin.

FRANKFURT AM MAIN

Ein schwarzer Deutscher wird bei einer Fahrkartenkontrolle rassistisch beleidigt. Die herbei gerufenen Polizisten beschimpfen den Mann, verhaften und misshandeln ihn. Initiativen gegen rassistische Polizeikontrollen beobachten eine Häufung solcher Vorfälle.

BETZDORF

Bei einem gewalttätigen Überfall auf ein Wohnhaus einer Migrantenfamilie verhaftet die Polizei den Familienvater, statt nach den Angreifern zu suchen. Angehörige werfen der Polizei »institutionalisierten Rassismus« vor. Ein klassisches Beispiel für eine Täter-Opfer-Umkehr.

REMS-MURR-KREIS

In Winterbach machen polizeibekannte Neonazis Jagd auf Menschen. Die jungen Migranten flüchten sich in ein Gartenhaus. Die Nazis zünden das Haus mit Benzin an. In Todesangst können sich die Eingeschlossenen nach draußen retten. Eine Verurteilung der Täter erfolgte bis heute nicht.

KORB

Die NPD kann in einer Gaststätte jahrelang unkommentiert ihre Parteitage abhalten – mit Zustimmung des Landrates und der Polizei. Ein verheerendes Signal an die engagierte Zivilgesellschaft.

KIEL

Trotz einer im Verhältnis zur Einwohnerzahl vergleichbaren Zahl an rechtsextremen Übergriffen wird in Schleswig-Holstein beim Thema Neonazis immer nach Osten geschaut. 2013 zieht die neue Landesregierung in Kiel endlich Konsequenzen und richtet das erste Programm gegen Rechtsextremismus im Westen ein.



MÜNCHEN

Die bundesweit bekannte »Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle« wurde in den Verfassungsschutzberichten des Landes wiederholt als »linksextremistisch« eingestuft. Das bayrische Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus verliert damit sein kompetentestes Mitglied. Nur eine langwierige juristische Auseinandersetzung konnte das wichtige und oft ehrenamtliche Engagement rehabilitieren.

AMBERG

Neonazis stören Mahnwachen und greifen Demonstrationen sowie Engagierte an. Trotzdem leugnet die Stadt, dass es Probleme mit organisierten Rechtsextremen in der Region gibt. Bereits 1995 wurde hier Klaus Peter Beer von zwei einschlägig bekannten Neonazis ermordet, »weil er schwul war«. Ein sichtbares Gedenken an Beer fehlt bis heute.